

Ansprache des Landesvorsitzenden Hubert Weiger Delegiertenversammlung 2009 in Freising



**Bund
Naturschutz
in Bayern e.V.**

Landesverband Bayern
des Bundes für Umwelt-
und Naturschutz
Deutschland e.V.

**Prof. Dr. Hubert Weiger
1. Vorsitzender**

Bauernfeindstr. 23
90471 Nürnberg
Tel. 09 11/81 87 8-10
Fax 09 11/86 95 68

hubert.weiger
@bund-naturschutz.de
www.bund-naturschutz.de

Naturschutz in Zeiten der Finanzkrise

Der Zusammenbruch an der Wall Street und die **Krise der Finanzmärkte** kommen nicht unerwartet: Seit vielen Jahren ist klar,

- dass wir auf Pump leben,
- dass es keine Regeln gab, die wildesten Spekulationen zu verhindern,
- dass vielmehr ein System zur Maximierung von Gewinnen – von Bonuszahlungen und Leerverkäufen, von Spekulationen und Manipulationen – die Regel wurde,
- dass namhafte Banken bis hin zu den politisch Verantwortlichen wie bei der bayerischen Landesbank sich in erster Linie den kurzfristigen Gewinnen verschrieben hatten.

Privat wurden riesige Gewinne eingestrichen. **Die Gemeinschaft der Steuerzahlerinnen und die kommenden Generationen müssen jetzt für die Folgen dieser Entwicklung aufkommen.** Weltweit wird inzwischen die astronomische Summe von 3 Trillionen US-Dollar bereitgestellt, um das Finanz- und Wirtschaftssystem vor dem Kollaps zu bewahren.

Dazu nur ein kleines Beispiel: Bereits auf unserer Delegiertenversammlung im letzten Jahr habe ich in meiner Rede auf die unverfrorenen Praktiken der bayerischen Landesbank hingewiesen, die einen Kredit in Höhe von 320 Millionen Euro zu sehr günstigen Bedingungen mit einem Zinssatz von nur 2,6 % p.a. zum Bau des finnischen Reaktors Olkiluoto 3 vergeben hat – ein Subventionskredit für Siemens und die Atomindustrie. Wie teuer die Misswirtschaft bei der Bayern LB dem Steuerzahler kommt ist jetzt im vergangene Jahr offenkundig geworden: Der bayerische Staat unterstützt die Landesbank mit 10 Mrd. Euro Eigenkapitalzufuhr. Der Bund stellt eine zusätzliche Garantie über 15 Mrd. Euro für Anleihen zur Verfügung.

Vergleichen wir dies beispielsweise mit den Einsparungsbegründungen der sogenannten Forstreform von je nach Angabe 13,3 bis zu 34 Millionen Euro jährlich, so kann man sich nur dem Greenpeace-Slogan anschließen „Wäre die Welt eine Bank, so hättet Ihr sie längst gerettet.“

Doch wir haben nicht nur eine Finanzkrise, wir haben auch eine Klimakrise und eine Biodiversitätskrise. Auch mit der grenzenlosen Ausbeutung der Natur lebt die Menschheit auf Pump. Denn die natürlichen Ressourcen sind endlich und die Menschheit hat die Tragfähigkeit der Natur bereits um ein Vielfaches überstrapaziert.

Darüber hinaus haben wir auch eine Ernährungskrise, eine Krise der globalen Gerechtigkeit und so weiter. Mit einem Wort – wir befinden uns in einer **Zivilisationskrise**. Statt an einer anhaltenden Wachstumsorientierung, statt an Globalisierung und Deregulierung, statt an einem ungerechten Welthandelssystem müssen wir uns an neuen Leitbildern orientieren – an sozial-ökologischen Leitbildern mit Elementen wie

- Ökologischer Wohlstand statt quantitatives Wachstum
- Märkte gestalten
- sozial-ökologische Leitplanken für die Weltwirtschaft und den Welthandel politisch vereinbaren
- die Politik muss dafür in Bayern, national wie international handeln.
- ein faires Welthandelssystem schaffen

Im Einzelnen heißt dies:

- Umweltpolitik als Wirtschaftspolitik
- Umweltpolitik als Jobmotor
- verantwortungsvolle Nutzung der kostenlosen Dienstleistungen der Natur
- Abbau von Subventionen
- Dezentralität
- Wachstumsgrenzen müssen endlich beachtet werden - sowohl im Energiebereich, als auch im Ressourcenverbrauch und im Bevölkerungswachstum
- es muss ein Verschlechterungsverbot für alle Umweltbereiche geben
- eine weitere kurzfristige Verschuldung ist nur gerechtfertigt für den sozial-ökologischen Umbau unseres Wirtschaftssystems und nicht für den Kauf

Der Weg nach Kopenhagen zur nächsten internationalen Klimakonferenz mit der Entscheidung „Wie gestalten wir den Emissionshandel und was finanzieren wir mit diesen Geldern“ wird zur Schicksalsentscheidung für die Zukunft dieses Planeten.

Für die Einführung einer sozial-ökologische Gesellschaft zu kämpfen ist eine der zentralen Aufgaben des BN. In dieser Rolle sind wir nicht nur kritischer Vordenker, sondern ein Verband, der Wahrheiten ausspricht, weil wir unabhängig sind und der sich mit den Verantwortlichen und Mächtigen anlegt- vor Ort wie auch landesweit. Das gilt beim Einsatz für die frei fließende Donau ebenso wie bei der Bewahrung des Fichtelgebirges vor einer neuen Autobahn oder den Betreibern des Flughafens München.

Im Kampf für die Einführung einer sozial-ökologische Gesellschaft sind wir ein Verband, der flächendeckend aufklärt und informiert, Mutlose mutig macht und nicht aufgibt. So hat z.B. unser Kampf gegen die Agrogentechnik gezeigt, dass nur beharrliches Dranbleiben zum Erfolg führt, in diesem Falle zum Verbot des Genmais MON 810. Ein weiterer Schauplatz, auf dem uns unsere Beharrlichkeit zum Ziel führen wird ist der Nationalpark Steigerwald: Der unermüdliche Einsatz des BN für diesen Nationalpark hat nationale und internationale Bedeutung: Nationale, weil wir eine zentrale Verantwortung für unser mitteleuropäisches Naturerbe der Buchenwälder tragen. Internationale, weil es um unsere Glaubwürdigkeit geht, wenn wir von anderen Ländern insbesondere Drittweltländern fordern, Maßnahmen zur Erreichung der internationalen Biodiversitätsziele umzusetzen und beispielsweise ihre Primärwälder zu erhalten.

Wir müssen daher selbst mehr tun als nur 0,5% der Landesfläche als Nationalparke auszuweisen. Natur muss Natur sein dürfen auf angemessenen Flächenanteilen.

Der Bund Naturschutz fordert nicht nur – wie handeln auch selbst. Mit dem Erwerb von Biotopen, um sie langfristig zu schützen und zigtausenden Stunden ehrenamtlichen Einsatzes für den bei unseren Artenschutzaktionen, wie jetzt im Frühjahr bei den Amphibien.

Der BN ist ein Verband, der nicht zuletzt Lebensfreude auch durch ökologische Bildung und Achtung vor dem Leben vermittelt (Wie Albert Schweizer sagte: „Ich will leben...“) Unsere Handlungsprämissen sind Vielfalt, Kreativität und Aktivität.

Und schließlich werden durch die Ökologiebewegung in Bayern und Deutschland erheblich mehr Arbeitsplätze geschaffen als an anderer Stelle verlorengegangen sind. Der gesamte Umwelt- und Naturschutzsektor beschäftigt deutschlandweit 1,8 Millionen Arbeitskräfte – das sind 2 ½-mal soviel wie die Automobilindustrie.

Der BN darf durchaus stolz sein auf das, was er in den zurückliegenden Jahrzehnten an konkreten Erfolgen erzielt hat:

Da ist zum einen zu nennen die **lufthygienische Sanierung** von Kraftwerken, wie zum Beispiel im Bereich der Entschwefelung

Damit wurde die Voraussetzung geschaffen, dass sich die Restvorkommen der Weißtanne erholen konnten und man nun die Weißtanne als zentrale waldbauliche Alternative für die standortfremde Fichte anbieten kann. Es besteht keine Notwendigkeit die Fehler der Vergangenheit zu wiederholen und auf fremdländische Baumarten wie die Douglasie auszuweichen.

Dann der Einsatz für **Abfallvermeidung und –verwertung**: Bayern steht mit einer Recyclingquote von mehr als 70% an der Spitze der Abfallverwertung, weil wir als BN ein sortenweises Erfassungssystem durchgesetzt haben.

Das staatliche Programm für die energetische Gebäudesanierung, das durch das **Klimaschutzbündnis des BN** mit der Bayerischen Staatsregierung hervorgegangen ist, ist heute ein zentraler Rettungsanker der nationalen Arbeitsplatzpolitik. Wir fordern daher nicht nur 2-3 Mrd. € deutschlandweit dafür zur Verfügung zu stellen - auch das ist gegenüber früher schon ein Fortschritt - sondern 20 Mrd. € pro Jahr. Dafür muss die gigantische Ressourcenverschwendung der der jüngst auf 2,5 Mrd. € aufgestockten Abwrackprämie endlich aufhören und die Gelder in die energetische Gebäudesanierung gesteckt werden. Der Geburtsfehler der Prämie, ihre Auszahlung nicht an ökologische Kriterien geknüpft zu haben, ist nicht reparabel. Nach dem Motto „Ex und Hopp“ landen außerdem hunderte tausende völlig intakte Autos in den Schrottpressen. Diese staatlich geförderte Wegwerfmentalität muss aufhören. Sie führt zur Verschwendung wertvoller Ressourcen und verursacht zusätzliche Umweltbelastungen bei der Produktion neuer Autos. Hinzu kommt, dass die Abwrackprämie der Autoindustrie keinerlei Signale gibt, ihre Modellpolitik zu ändern, die vor allem auf hoch motorisierte und ineffi-

ziente Fahrzeuge setzt. Die Zahlung der Abwrackprämie muss daher sofort eingestellt werden.

Und schließlich der jüngste und auch einer der größten Erfolge des vergangenen Jahres – der Verbandsgeschichte insgesamt ist das bereits erwähnte **Verbot des Genmaises MON 810** – auch ein Erfolg der Demokratie. Neben der Beharrlichkeit unseres Verbandes ist dieser Erfolg möglich geworden durch das eingehen neuer Bündnisse: landwirtschaftliche Verbände wie der BDM, ABL, BBV nehmen uns zusehendes als Verbündeten wahr und treten gemeinsam mit uns und Misereor auf Demos auf, wie vor 2 Wochen in München.

Doch das Verbot des Genmais ist nur ein Etappensieg auf unserem Weg zu einem gentechnikfreien Bayern, das infolge der Gespräche mit Ministerpräsident Seehofer in greifbarer Nähe scheint. Das ist ein weiteres Beispiel für einen Erfolg durch die Beharrlichkeit des BN: In den vergangenen Jahren haben wir es geschafft, die bayerische Staatsregierung in dieser Sache komplett umzukrempeln. Wie die Rufe Ewiggestriger wirken da die Appelle des TU-Präsidenten Prof. Wolfgang Herrmann, der verzweifelt für eine weitere Forschung in der Agrogen-technik Stimmung zu machen versucht. Das Life-Science-Center-Weihenstephan ist zum Zentrum einer nachhaltigen Landwirtschaft auszubauen und nicht zum Zentrum der Gentechnik und der Agrochemie. Dieser Weg ist der falsche. Fakt ist, dass zur Bekämpfung des weltweiten Hungers nur eine bäuerlich strukturierte und ökologisch wirtschaftende Landwirtschaft in der Lage ist (siehe Weltagrarrat). Das Life-Science-Center muss sich endlich an diesen Erkenntnissen orientieren und nicht an den Interessen multinationaler Agrokonzerne. Es dürfen deshalb nicht Wege gegangen werden, die unser aller Abhängigkeit erhöhen. Durch die Bereitstellung ausreichender Forschungsgelder muss endlich die finanzielle Abhängigkeit der Forschung an den Universitäten von multinationalen Konzernen beendet werden.

Das Verbot des Genmais wäre nicht denkbar gewesen ohne die Basis: Dank Ihres unermüdlichen Engagements, den zahlreichen Veranstaltungen im ganzen Land und den vielen Initiativen sind wir hier zum Erfolg gekommen. Wenn wir zurückdenken an das verlorene Volksbegehren, dann beweist uns das, wie Beharrlichkeit zum Erfolg führt.

All dies ist nur möglich mit einer gesunden, unabhängigen und breiten Basis und dafür möchte ich Ihnen nochmals danken.

Auch die enge Zusammenarbeit zwischen Landes- und Bundesverband führte zu konkreten Fortschritten bei der inhaltlichen Umsetzung der BN-Positionen:

- wie z. B. für den Schutz der Donau: Als Ergebnis eines Parlamentarierabends im Berliner Bundestag hat der Präsident des Bundesverbandes der Binnenschifffahrt mit dem BN Konfliktlösungsmöglichkeiten vor Ort diskutiert und sich vom BN die Donau zwischen Straubing und Vilshofen zeigen lassen.
Im Wirtschafts- und Sozialausschuss der Europäischen Kommission konnten wir eine Initiativstellungnahme zum Donauausbau durchsetzen.
- Wir leisten in Berlin Widerstand gegen ein falsch gestricktes, milliarden-schweres Konjunkturprogramm, welches unter anderem durch die forcierte Förderung des Fernstraßenbaus zu weiteren Naturverlusten in Bayern führt.
- für das Grüne Band Thüringen-Bayern konnte die Flächenübertragung des Bundes an das Bundesland Thüringen durchgesetzt werden.
- Zudem konnten bisher immerhin sechs geplante Kohlekraftwerke in Deutschland, die Energiesparen und den naturverträglichen Ausbau erneuerbarer Energien blockieren würden, gestoppt werden.

Trotz aller Erfolge in Bayern oder auf Bundesebene – es bleibt noch viel zu tun.

Da ist zum Beispiel der **Ausstieg aus der Atomkraft** zu nennen: Zum morgigen 23. Jahrestag der Tschernobyl-Katastrophe fordern wir vom bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer eine Umkehr in der Energiepolitik. Das Eintreten von Seehofer und Umweltminister Markus Söder für die Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke torpediert den Klimaschutz, da Energieeffizienz und der Ausbau erneuerbarer Energien gebremst werde. Jedes Jahr Laufzeitverlängerung bedeutet zudem zusätzlich 500 Tonnen hochradioaktive Atomabfälle in Deutschland, für die womöglich auch in Bayern ein Atommülllager gesucht werden muss. Bayern muss endlich seine Blockade gegen den Ausstieg aufgeben

Dann zwei Beispiele aus Oberbayern bzw. aus der Region Freising, wo sich der BN weiterhin stark einbringen wird:

Zum einen der **Neubau der Isentalautobahn A94**: Eine gigantischen Neuzerschneidung einer wertvollen, altbayerischen Kultur- und Naturlandschaft, deren Erhaltung angeblich auch laut der Staatsregierung in Bayern einen hohen Stellenwert genießt. Die mittlerweile dritte Umplanung belegt, wie falsch die grundsätzliche Wahl für die Isentaltrasse war. Wir werden daher weiterhin viel Kraft und Engagement in den Bau der A94 auf der Trasse Haag legen, die das Isental verschont, die Anwohner der B12 vom Lärm entlastet und durch den Bau auf der B12 und durch die teilweise Kombination mit der B15 dem Steuerzahlern gleichzeitig 130 Millionen Euro spart. Angesichts der Finanzkrise ist es an der Zeit, dass die bayerische Staatsregierung endlich ihre Starrköpfigkeit aufgibt und sich schon alleine aus ökonomischen Gründen für die Trasse Haag entscheidet.

Das zweite Großprojekt, gegen das es sich zu kämpfen lohnt ist der **Bau der 3. Startbahn am Flughafen München**. Der BN hat ein Gutachten mitfinanziert, deren zentrale Aussage lautet, dass die Klimalasten des Flugverkehrs total unterschätzt werden und die Klimaschutzziele der Bundesregierung durch den geplanten Ausbau der Flughäfen unterlaufen werden. Der Klimakiller Flugverkehr darf nicht unbegrenzt weiter wachsen! Wir fordern daher die Bundesregierung auf, zumindest alle Klimawirkungen des Fliegens, auch jene die über die schädlichen Wirkungen des Kohlendioxids hinausgehen, vollständig zu berücksichtigen und die Steuerbefreiung für Kerosin endlich abzuschaffen. Mit mehr als 19 Mrd. € jährlich wird der Flugverkehr aufgrund der Steuerbefreiungen jährlich begünstigt. Laut Gutachten ist der Flughafen München die mit Abstand größte einzelne Klimaschadquelle in Bayern. Die Ausbauplanungen müssen schon allein aus diesem Grund eingestellt. Am Fallbeispiel „Flughafen München“ belegt das Gutachten auch, dass durch die Umsetzung der Einsparpotentiale bei innerdeutschen und Kurzstreckenflügen eine 3. Start- und Landebahn völlig überflüssig ist. Wir fordern daher die Umsetzung dieser Einsparpotentiale durch das Streichen nicht ausgelasteter und das Zusammenfassen schwach ausgelasteter Flüge sowie die Verlagerung von Kurzstreckenflügen auf parallele Angebote der Bahn sowie eine ergebnisoffene Alternativenprüfung, inklusive Nullvariante.

Diese beiden zentralen Zerstörungsprojekte in der Region müssen wir verhindern. Wir sind dabei schon weit gekommen, aber es wird noch viel Anstrengung erfordern. In diesem Zusammenhang möchte ich der BN-Kreisgruppe Erding und ihrer

Vorsitzenden Gabriele Betzmeir bzw. Dorfers BN-Chef Jakob Baumgartner und der Aktionsgemeinschaft gegen die A94 sehr herzlich für ihren Widerstand danken. Nicht minder engagiert gegen die 3. Startbahn ist die BN-Kreisgruppe Freising mit ihrem Vorsitzenden Dr. Christian Magerl und das Aktionsbündnis AufgeMUCkt gemeinsam mit den weiteren Kreisvorsitzenden von Landshut über Erding bis Dachau. Auch dafür unsere allerhöchste Anerkennung.

Unsere Vision von Bayern ist: Wir sind nicht das führende Bundesland beim Landverbrauch sondern führend in der Landerhaltung. Wir sind führend in der Energieverbrauchsreduktion und im Bereich der umweltverträglichen regenerativen Energien. Wir sind führend im Bereich des ökologischen Landbaus und bei der regionalen Verarbeitung und wir sind führend bei der Förderung der kleineren und mittleren Unternehmen und beim Aufbau eines Biotopverbundsystems als grüne Infrastruktur mit revitalisierten Flüssen und regenerierten Mooren. Und wir sind führend beim Anteil naturgemäßer und sich selbst überlassener Wälder und beim Anteil des ÖPNV - nicht nur in städtischen sondern auch in ländlichen Regionen. Dafür setzt sich der BN ein und alle unsere Arbeit vom Einzelartenschutz bis hin zu größeren Aktivitäten ist Voraussetzung, um diese Vision Realität werden zu lassen.

Der BN setzt sich für diese ganz konkreten Herausforderungen ein. In ein größeres Gesamtbild gestellt sind alle Aktivitäten des BN angefangen von Amphibien-schutzaktionen in Ortsgruppen über die Arbeit der Kreisgruppen hin zu den unterschiedlichen Aufgaben des Landes- und Bundesverbands viele kleine aber konzertierte Schritte hin auf ein Ziel:

Die Gesellschaft aus der Zivilisationskrise heraus zu einer sozial-ökologischen Gesellschaft zu entwickeln.

In die Zivilisationskrise führte uns die Missachtung und die bewusste Fehlinterpretation des Gedankens der Nachhaltigkeit, in dessen Konsequenz nicht nur massive ökologische, sondern auch ökonomische Folgeschäden entstehen: Auf der Rio-Konferenz hieß es ursprünglich sinngemäß, dass Nachhaltigkeit bedeutet in aller erster Linie die Lebensgrundlagen zu erhalten – dann erst können weitere Bedürfnisse befriedigt werden. Das bekannte Zieldreieck der Nachhaltigkeit - Ökonomie, Ökologie und Soziales - ist eine Erfindung der chemischen Industrie, in dem man mit dem Argument der Arbeitslosigkeit das Gewicht beliebig hin zur Ökonomie verschieben kann. **Folgeschäden, die durch die Missachtung der Nachhaltigkeit entstehen**, finden wir zum Beispiel in der

- Waldwirtschaft, wo wir nun mit dem Zusammenbruch der unter Missachtung der ökologischen Zusammenhänge künstlich aufgebauten Fichtenbestände konfrontiert sind und zwingend gigantische Umbaumaßnahmen notwendig sind.
- Oder im Bereich des Wassermanagement: Statt einer vernünftigen Wasserrückhaltepolitik wird eine Wasseraustreibungspolitik betrieben, die zu Hochwasserschäden führt und durch den Klimawandel verschärft wird, so dass wir auch im Bereich Trinkwasser Probleme bekommen werden.
- Oder bei der Situation dezentraler Strukturen in ländlichen Räumen, wie zum Beispiel infolge der Hygieneverordnung der EU bei den Metzgereien. Wir dürfen uns bei der Versorgung mit Grundnahrungslebensmitteln nicht in eine Abhängigkeit von Billigdiscountern wie Aldi, Lidl und Co. begeben, die nicht bereit sind Gesetze zu beachten und angepasste Verarbeitungsstrukturen einzurichten.

Naturschutz ist kein Luxus. Naturschutz ist die zentrale Sicherung unserer gemeinsamen Lebensgrundlagen. Deshalb ist Naturschutz auch die Voraussetzung zur Sicherung von Arbeitsplätzen und ist damit Langzeitökonomie im wahrsten Sinne des Wortes. Naturschutz erfordert angepasstes, standortsbezogenes Wirtschaften unter Beachtung der ökologischen Wirkungsmechanismen, d.h. Wirtschaften mit der Natur und nicht gegen sie. Als erster Schritt, um diese Ziele zu realisieren, ist das quantitative Wachstum durch ein Wachstum von Umwelt- und Lebensqualität zu ersetzen. Dafür muss der Staat den Rahmen setzen z.B. durch die Fortführung der ökologischen Steuerreform, durch den Abbau von Subventionen generell und durch den Ersatz umweltschädlicher Subventionen sowie durch die Honorierung umweltverträglicher Produktion und Dienstleistungen. Dies sind gänzlich andere Prinzipien, als sie dem gegenwärtigen Wirtschaften zugrunde liegen. Es ist längst überfällig, dass der Staat hierfür den Rahmen setzt. Wir brauchen dazu einen starken Staat. Damit ist die Krise auch eine Chance, dass unsere Positionen aufgrund des Scheiterns der neoliberalen Prinzipien zur Grundlage künftigen Handelns werden. Denn eine weitere Missachtung der Nachhaltigkeit, Missachtung der Funktionsweisen unserer Ökosysteme und Missachtung der Wirkmechanismen in einer Gesellschaft wird uns wesentlich teurer kommen, als jetzt den überfälligen Umbau unserer Industriegesellschaft einzuleiten.

Der Bund Naturschutz als gesellschaftliche Kraft mit in Bayern 170.000 Mitgliedern und Förderern, als Teil des BUND mit über 400.000 Freundinnen und Freunden der Erde und als Teil des weltweiten Netzwerkes friends of the earth wird weiter für die Vision eines zukunftsfähigen Planeten Erde eintreten.